

## Pakistan am Abgrund?

**Pakistan ist für die USA ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Die Unterstützung, die Präsident General Pervez Musharraf gewährleistet ist jedoch keineswegs auf eine stabile Basis gegründet. Entwicklungen in den letzten Monaten zeigten, dass Pakistans Präsident an Popularität verlor und seine Zeit als Staatsoberhaupt und/oder Oberbefehlshaber der Streitkräfte ablaufen könnte.**

Dr. Anatol Lieven, britischer Autor und Journalist, und Dr. Peter Bergen, Journalist und Terrorismusexperte des TV-Senders CNN, kehrten kürzlich von einer Reise nach Pakistan zurück. Beide sind auch leitende Wissenschaftler bei der New America Foundation, einem mitte-links Think Tank. Vor Ort sprachen sie mit Repräsentanten der Regierung, des Militärs, der Opposition, der radikalen Islamisten, der Provinzregierung im Nordwesten und mit Stammesführern. Die Veranstaltung „Pakistan am Abgrund?“ der New America Foundation bot Dr. Lieven und Dr. Bergen die Möglichkeit, ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren und Auskunft über die Stabilität des Landes zu geben.

Dr. Lieven beschrieb Pakistan als das wichtigste Land für die USA im Kampf gegen den Terrorismus. Es sei sogar wichtiger als Afghanistan, zumal Pakistan eine höhere Bevölkerungszahl habe und eine Atomwaffe besitze. Wenn sich in Afghanistan kein Erfolg einstellen würde, könne das Land eingedämmt werden. Eindämmung sei für Pakistan jedoch nur schwer vorstellbar. In Pakistan sei durch die internationale Präsenz bereits Unzufriedenheit entstanden, vor allem unter den Paschtunen. Dr. Lieven warnte, Pakistan dürfe nicht Afghanistans wegen destabilisiert werden. Allerdings sei die gegenwärtige Lage in Pakistan stabiler, als Berichte annehmen ließen. Das Land stehe

nicht vor dem Zusammenbruch. Insbesondere hielten zwei Kräfte Pakistan zusammen.

Zum einen wirke das unglaublich komplexe Netz von Familienc lams, die untereinander nicht zu Extremen griffen, stabilisierend. Zum anderen nehme die Armee eine kontrollierende Rolle ein. Diese beiden Faktoren führten positiverweise zu Stabilität. Allerdings behindere die Rolle des Militärs eine mögliche demokratische Entwicklung. In der momentanen Situation arbeiteten zwei Entwicklungen gegen den pakistanischen Präsidenten Musharraf. Die Suspendierung des obersten Richters habe eine größere Protestbewegung, geführt von einer zerbrechlichen Oppositionskoalition, gegen ihn in Gang gesetzt. Jedoch hätten solche Bewegungen immer wieder in der pakistanischen Geschichte stattgefunden und seien kein Grund zur Sorge. Die zweite Entwicklung finde ebenfalls, in diesen immer wiederkehrenden Zyklen von Massenunruhen und politischer Instabilität, Vorgänger. Früher oder später könnten die Forderungen und Bedürfnisse der Pakistanis nicht mehr zufrieden gestellt werden. Dies gelte sowohl für die Eliten, welche gemachte Versprechen des Präsidenten einforderten als auch für die Massen der Armen, die mit der Zeit unruhig würden und sich von einem Regimewechsel Gutes für die Zukunft erhofften. Die nicht zufrieden gestellten Eliten könnten hierbei auch leicht die „unteren“ Massen mobilisieren.

Die radikalen Islamisten hätten in der letzten Wahl aber nur 15% auf sich versammeln können und nicht die Unterstützung der Massen. Trotzdem seien diese 25 Millionen Radikalen, die zwar nicht so radikal seien wie ihre Bezeichnung vermuten ließe, dazu in der Lage, Unruhe, auch gewaltsame, zu verbreiten. Die Ereignisse der letz-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

TOBIAS HECHT

Juli 2007

[www.kas.de/usa](http://www.kas.de/usa)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ten Monate legten nahe, dass eine Art von Arrangement zwischen der Führerin der größten Oppositionspartei (Pakistanische Volkspartei) und ehemaligen Regierungschefin, Benazir Bhutto, und Musharraf ausgehandelt werden würde. Dies sei die beste Option, um eine lang anhaltende Phase von Instabilität zu verhindern. Es wäre gut für die Wirtschaft, welche entscheidend für die Zukunft des Landes sei. Die Regierung habe hier gute Arbeit geleistet. Musharraf, der in den letzten Monaten viel an Popularität verloren habe, könnte aber eventuell auch von der Führung des Militärs gebeten werden, sein Amt niederzulegen. Dieses Verfahren sei in der Geschichte des Landes immer wieder zu beobachten gewesen, wenn politische Instabilität zu groß wurde. Dr. Lieven vermutete, dass Musharraf, wenn er zu diesem Schritt aufgefordert werden sollte, sein Amt in der Tat niederlegen würde, um somit einen Wechsel zu symbolisieren und einer Revolution vorzubeugen. Ein derartiger Wechsel würde aber keine Rückkehr zur Demokratie anzeigen, sondern eher wieder lokale Strukturen institutionalisieren. Sollte der Präsident zurücktreten, bedeute dies nur halbwegs, dass eine zivile Regierung an die Macht gelange. Denn es würde zu keiner positiven Entwicklung in Pakistan kommen, wenn der Kampf gegen den Terrorismus nicht fortgeführt werde. Diese Aufgabe könne aber nur das Militär wahrnehmen. Somit würde das Militär weiter eine wichtige und starke Rolle spielen.

Dr. Lieven bemerkte zudem, dass die Region der Paschtunen eine demokratische Regierung gar nicht akzeptieren würde. Dies liege vor allem daran, dass eine demokratische Regierung als amerikanische Marionette angesehen werden würde. In seiner abschließenden Bemerkung bewertete Dr. Lieven, langfristige Stabilität als das wichtigste Ziel. Vorläufig sei die Stabilität aber nicht so sehr bedroht wie berichtet werde. Mittelfristig würde eine wahrhaftige Bedrohung Pakistans nur von islamistischen Radikalismus und den Entscheidungen aus dem Weißen Haus ausgehen.

Dr. Bergen ging noch einmal auf die Ereignisse der letzten Monate ein. Die Belagerung der „Roten Moschee“ (Lal Masjid) in

Islamabad durch islamistische Studenten, habe die Besorgnis erzeugt, dass eine allmähliche Talibanisierung Pakistans stattfinden würde. Allerdings sei der Unterschied zu den Taliban, dass die Führung der Moschee auch Frauen das Recht auf Ausbildung zugestünde. Zudem hob Dr. Bergen, wie Dr. Lieven, hervor, dass die islamistischen Parteien nicht zu stark seien. Als weiteres wichtiges Ereignis sei der konstitutionelle Disput zwischen Musharraf und dem obersten Richter, Iftikhar Chaudhry, zu erwähnen. Dieser habe offen gelegt, dass Musharraf sich selbst als der Erretter Pakistans ansehe. Diese Wahrnehmung habe auf viele Wähler befremdlich gewirkt. Hinzu komme, dass nach Musharraf acht Jahren als Staatsoberhaupt, die Grundstimmung in der Bevölkerung auf Wechsel umschwingen.

Weiter habe sich Musharraf's Ansatz zur Liberalisierung der Presse negativ auf ihn selbst ausgewirkt, da nun ein jeglicher Fehltritt einer breiten Masse der Bevölkerung berichtet werden könne. Als letzte wichtige Entwicklung führte Dr. Bergen den möglichen Deal zwischen Pakistans Präsidenten und Oppositionsführerin Bhutto an. Sollte ein Deal zustande kommen, würde dieser Bhutto erlauben nach Pakistan zurückzukehren, d.h. die Korruptionsvorwürfe, die sie ins Exil zwangen, würden fallen gelassen, es ihr jedoch nicht zugestehen als Ministerpräsidentin zu kandidieren. Auch Dr. Bergen sieht das Zustandekommen eines Deals als beste Lösung an.

Eine Situation sei allerdings denkbar, die alles, insbesondere die US-pakistanischen Beziehungen, zum Negativen hin verändern würde. Dies sei ein katastrophaler Anschlag auf die USA, welcher zurück nach Pakistan verfolgt werden könne. Dann würden die „Samthandschuhe“, mit der die USA Pakistan anfasse, abgelegt werden.